

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Aus den ausländischen Zeitschriften, die im Zeitraum von Anfang September bis Mitte November erschienen bzw. hier eingetroffen sind, werden in dieser Zeitschriftenschau Artikel zu drei aktuellen Themen besprochen. Da die Zeitschriftenschau kein Artikel-Verzeichnis sein soll, mußte eine Auswahl unter einer Fülle von interessanten Aufsätzen getroffen werden. So wurden die über Vietnam erschienenen Beiträge nicht berücksichtigt, weil das Thema in der letzten Zeitschriftenschau ausführlich behandelt worden ist.

Zwei besonders berücksichtigungswerte Artikel, die sich in die Thematik dieser Zeitschriftenschau — 1. China—USA, 2. australische Asienpolitik, 3. Laos — schlecht einfügen ließen, sollen jedoch nicht unerwähnt bleiben. In **Pacific Affairs** (Vol. XLIII, Nr. 2, Sommer 1970, S. 227—239) untersucht Sheldon Appleton (Professor of Political Science, Oakland University, Michigan), weshalb es bisher auf Taiwan nicht zu den üblichen Studentenunruhen gekommen ist: „Silent Students and the Future of Taiwan“.

In **Asian Survey** (Vol. X, Nr. 9, Sept. 1970, S. 840—875) beschreibt William Heaton (Fellow at the Center for Chinese Studies, University of California, Berkeley) die Auswirkungen der Kulturrevolution auf Hong Kong: „Maoist Revolutionary Strategy and Modern Colonialism: The Cultural Revolution in Hong Kong.“

Seitdem nach Kanada nun auch Italien diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen hat, ist die Frage der Beziehungen zu China auch in anderen westlichen Ländern wieder diskutiert worden. In Bonn ist man zu sehr mit der Ostpolitik beschäftigt, um dem Thema Beachtung zu schenken, und so folgert auch Bernhard Großmann (Direktor des Instituts für Asienkunde, Hamburg) in seinem Artikel „Peking—Bonn: Substantial Non-Relations“ (**Pacific Community**, Vol. 2, Nr. 1, Okt. 1970, S. 224—236), der im wesentlichen einen Überblick über die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern gibt, daß es in nächster Zeit wohl nicht zu einer Anerkennung Pekings durch Bonn kommen wird.

In derselben Ausgabe der Zeitschrift **Pacific Community** setzen sich zwei amerikanische Professoren mit der Möglichkeit einer Annäherung zwischen Peking und Washington auseinander. „Will the Nixon Administration recognize Communist China?“ (**Pacific Community**, s.o., S. 97—108) fragt James C. Thomson, Jr. (Lecturer on History, Harvard University), und er meint, daß Nixon in dieser Richtung schon viel weiter gegangen sei als seine Vorgänger. Zeichen dafür seien: Ende Juli 1969 wurden die Reisebeschränkungen in die Volksrepublik China gelockert, zum ersten Mal seit dem im Korea-Krieg verhängten Handelsembargo wurde es amerikanischen Reisenden erlaubt, Waren im Werte bis zu 100 \$ aus der Volksrepublik mitzubringen. Ende 1969 folgten weitere Lockerungen des Embargos. Auffallend ist, daß die

Regierung von der Praxis abgeht, Peking mit dem nationalchinesischen Namen Peiping zu bezeichnen, sowie von der Bezeichnung Rotchina allmählich zu „People's Republic of China“ übergeht. Anfang 1970 sagte Nixon in seiner „State of the World Message“: „It is certainly in our interest . . . that we take what steps we can toward improved practical relations with Peking.“ Die sich anbahnende Entspannung wurde allerdings durch die Ereignisse in Kambodscha unterbrochen.

Der Autor meint aber, es bestünden vor allem deshalb gute Aussichten für eine Entspannung zwischen Peking und Washington, weil sich das bipolare Ostasienbild Washingtons (China—UdSSR einerseits, USA—Japan andererseits) seit dem sino-sowjetischen Konflikt und dem Aufstieg Japans in ein multipolares gewandelt habe. „To deal with such a balance — to avert a wider Asian war, to help achieve some stability in the region — it is necessary that America have relations, and thereby some leverage, with each of the other powers.“ Der Autor glaubt, daß man auch in Peking die Gefahren und die Vorteile einer multipolaren Welt einzusehen beginnt. Dort erkenne man sicher die Gefahr einer gegen China gerichteten Dreier-Allianz (USA, UdSSR, Japan). Der Autor folgert: „So China's long-term interests, as well as America's, will be served by more friendly relations with the other major powers.“ Was bisher zu einer Annäherung fehle, sei eine großzügige Geste seitens der USA, so z. B. der Vorschlag von Treffen auf Außenministerebene oder eine Änderung in der Frage der UN-Mitgliedschaft Chinas.

Einen anderen, recht eigenwilligen, Weg zur Annäherung an China schlägt Lord Lindsay (Professor of Far Eastern Studies at the American University, Washington, D. C.) in derselben Zeitschrift vor (S. 109—127, „Possibilities of a Détente between the U.S. and Red China“). Er meint, die USA haben bisher keinen Gebrauch von dem Mittel gemacht, dessen sich die chinesischen Kommunisten gegenüber anderen kommunistischen Parteien und für ihre Propaganda gegen die USA bedienen: offizielle Regierungserklärungen. Die USA sollten auf diesem Weg nicht nur zu den chinesischen Anschuldigungen gegen die amerikanische Regierung Stellung beziehen, sondern die Erklärungen müßten so abgefaßt sein, daß die Chinesen sich zur Diskussion herausgefordert fühlten. „More generally, effective argument would require the United States to depart from conventional diplomacy by discussing basic ideological and philosophical issues in public statements.“ Der Autor meint, daß man dadurch zumindest die chinesische Führungsschicht ansprechen und bei dieser allmählich das Vorurteil, die USA seien notwendigerweise Chinas Feind, abbauen könne.

In Anbetracht dessen, daß der Autor so stark für eine eher psychologische als diplomatische Auflockerung der verkrampften Beziehungen eintritt, muß ihm der Gebrauch der Bezeichnung „Red China“ in der Überschrift seines Aufsatzes, die anscheinend von der japanischen Redaktion der Zeitschrift stammt, um so unangenehmer sein. Insgesamt sehen wohl beide Autoren die Lage etwas zu optimistisch, die Probleme Vietnam und Taiwan als zu leicht lösbar an. Kritischer beurteilt Franz Schurmann (Professor für Soziologie und Geschichte, University of California, Berkeley) die amerikanische China-Politik (*Le Monde Diplomatique*, November 1970, S. 11, „La politique américaine en Asie“). Er bezeichnet die Veränderung der amerikanischen Asien-Politik als das Ergebnis der größten Niederlage der US-Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die amerikanische Fernostpolitik ist seit dem Korea-Krieg von den Prinzipien des „containment“ und des „roll-back“

bestimmt gewesen, und beide Prinzipien haben sich einerseits durch die gescheiterten Versuche der Blockbildung in Asien, andererseits durch den Verlauf des Vietnam-Krieges als verfehlt erwiesen.

„No more Vietnams‘ is going to be a slogan of considerable weight during the 1970s. . . . Provided that Australia does not seem likely to suck the United States into another Vietnam, Australia will remain of strategic importance in American calculations“, schreibt Robert O'Neill (Senior Fellow in International Relations, Australian National University), der die amerikanische Asienpolitik im Zusammenhang mit der künftigen australischen Asienpolitik betrachtet (**Australian Outlook**, Vol. 24, Nr. 2, August 1970, S. 111–123 — „New attitudes for a new decade: some conclusions for Australian foreign policy towards Asia in the 1970s“). Der Autor analysiert Australiens Stellung zwischen den Großmächten, und er warnt vor der Gefahr, daß Australien, das ja — wie der Autor wiederholt betont — keine Großmacht ist, seine eigenen, vor allem seine militärischen Kräfte überschätzt. Schon das Engagement in Vietnam habe Australien eher Verachtung als Dank eingebracht.

Wenn nach dem Rückzug der Amerikaner die südvietnamesische Regierung Australien um weitere Unterstützung bitten würde, dann wäre es zwar unwahrscheinlich, daß eine australische Regierung die Bitte abschläge, aber die australische Militärhilfe würde niemals eine nordvietnamesische Eroberung verhindern können. Im Falle einer solchen Eroberung würden dann wahrscheinlich nicht wenige Südvietnamesen, die Australien bis dahin zum Widerstand gegen die Kommunisten ermutigt hat, um Aufnahme in Australien nachsuchen. „Will we be able to modify our immigration policies or shall we have more suffering on our conscience?“ fragt der Autor. Ebenso wie Australien auf den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam gefaßt sein muß, sollte es auch die Möglichkeit einer Entspannung zwischen den USA und der Volksrepublik China im Auge behalten. Australien kann in dieser Beziehung keinen Einfluß ausüben, muß aber eine Politik betreiben, die flexibel genug ist, sich der veränderten Situation anzupassen. „The preservation of our formal diplomatic links with Taiwan ought not to be allowed to impede the growth of better relations with mainland China.“

Die Beziehungen zu Japan werden sich wahrscheinlich enger gestalten. In Anbetracht der Wichtigkeit der Seehandelswege zwischen beiden Ländern sieht der Autor die Möglichkeit „of some sort of regional naval agreement“. Der Autor fügt warnend hinzu: „However, if we allow the Japanese to bear most of the burden for the provision of this security, we would be placing ourselves in a very vulnerable position.“

Die Beziehungen zu Indonesien haben sich unter Suharto verbessert. Problematisch bleibt die Neuguinea-Frage. O'Neill meint, Neuguinea könnte für Australien zu einem „privaten Vietnam“ werden. „This is not to say that such a possibility is likely but if we do enter into a sizeable military commitment of Australian forces there it ought to be for reasons such as the prevention of another Congo rather than merely to secure a forward base.“ Nach einem kurzen Überblick über die Situation in Malaysia und Singapore, Kambodscha und Laos zieht O'Neill für die künftige Gestaltung der australischen Asienpolitik den Schluß: „The lesson for the 1970s might be that less attention be paid to the official ideologies of the governments of our Asian neighbours and more be given to aspects such as their efficiency and degree of representation of popular feeling.“

Mit einem dieser „neighbours“ befaßt sich Max Coiffait (Korrespondent von Agence France-Presse in Vientiane) in seinem Artikel „Laotian Leaders Search for Peace“ (**Pacific Community**, Vol 2, Nr. 1, Okt. 1970, S. 179–188). Coiffait gibt einen Überblick über die Entstehung des Laos-Problems, das ja ein inneres: Kampf zwischen Neutralisten, Rechten und Pathet Lao und ein äußeres: Einbeziehung in den Vietnam-Krieg, ist. Durch die Genfer Abkommen von 1962 wurde eine Lösung angestrebt, die nach Ansicht des Autors vor allem deshalb nie zustande kam, weil sechs der 14 Signatarstaaten die Abkommen willkürlich verletzen, die u. a. den Aufenthalt ausländischer Militärs einschließlich „members of foreign military missions, foreign military advisers, experts, instructors, consultants, technicians, observers and any other foreign military persons, including those serving in any armed forces in Laos, and foreign civilians connected with the supply, maintenance, storing and utilization of war materials“ verbieten. Der Autor erläutert, wie Nordvietnam, die Volksrepublik China und die UdSSR auf der einen Seite, die USA, Thailand und Südvietnam auf der anderen gegen die Genfer Abkommen verstoßen. Für die Laoten am spürbarsten ist die Aktivität Nordvietnams und der USA, die den sogenannten Ho-Chi-Minh-Pfad umkämpfen. Für manchen Leser wird der Hinweis des Autors interessant sein, daß man sich diesen „Pfad“ nicht als eine einzige, nahe der Grenze verlaufende Straße, sondern als „a network of hundreds of roads more or less passable for vehicles which actually extends over 500 kilometers in length and about 100 kilometers in width“ vorzustellen hat. Man schätzt, daß durch dieses, von den Amerikanern heftig bombardierte Gebiet wöchentlich 500 bis 700 Lastwagen von Nord- nach Südvietnam passieren. „The United States has also made of Laos . . . the most bombed country in world history“, schreibt der Autor. Kein neutraler Beobachter hat bisher die Verluste an Menschenleben schätzen dürfen, aber es steht fest, daß ganze Täler verwüstet worden sind. Die Pathet Lao behauptet, innerhalb von sechs Jahren mehr als 1500 amerikanische Flugzeuge und Hubschrauber abgeschossen zu haben. Durch diese passive Verwicklung in den Vietnam-Konflikt ist die Trennung der innerpolitischen Fronten schärfer geworden. In Vientiane hält man die Führer der Pathet Lao für Marionetten Nordvietnams, während die Pathet Lao Prinz Souvanna Phouma als Lakaien der Amerikaner bezeichnet. Aber beide laotischen Lager werden immer kriegsmüder und streben eine Annäherung durch Verhandlungen an.

Wie es mit den Aussichten für erfolgreiche Verhandlungen steht, untersucht T. D. Allman in **Far Eastern Economic Review** (Nr. 44, 31. Oktober 1970, S. 37–39 — „Crack in the Bamboo Curtain“). Seitdem nach dem Sturz Sihanouks Nordvietnam sein Augenmerk stärker auf Kambodscha richtet, sind die Aussichten für eine innerlaotische Regelung besser geworden. Nach einem Notenwechsel zwischen Pathet-Lao-Führer Prinz Souphanouvong und dem laotischen Premier Souvanna Phouma, in dem zunächst beide Seiten ihre Vorbedingungen für Verhandlungen erneut bekräftigt hatten (die Pathet Lao forderte einen sofortigen Bombenstopp, der Premier forderte den vorherigen Abzug der nordvietnamesischen Truppen aus ganz Laos einschließlich dem Ho-Chi-Minh-Pfad), kamen sich beide Seiten entgegen, und die Pathet Lao entsandten Tiao Souk Vongsak (ein Mitglied der königlichen Familie) nach Vientiane. Aber die Verhandlungen blieben in Verfahrensfragen stecken, und Souk Vongsak kehrte am 18. September via Hanoi nach Samneua zurück.

Seitdem sind die Kämpfe zwischen Pathet-Lao- und Regierungstruppen erneut aufgeflammt (zuletzt um Muong Suoi im Osten der Ebene der Tonkrüge), und

Souphanouvong hat kürzlich behauptet, daß die Pathet Lao zwei Drittel des Landes und die Hälfte der Bevölkerung unter ihrer Kontrolle hätte. Alles deutet darauf hin, daß Souphanouvong, wenn er wirklich an Verhandlungen interessiert ist, diese von einer Position der Stärke aus führen will. Prinz Souvanna Phouma seinerseits wirbt auf ausgedehnten Auslandsreisen um Sympathien für seine Sache und gibt immer wieder der Hoffnung Ausdruck, daß „peace can come first to Laos, and be a model for peace elsewhere“. Der Autor glaubt jedoch, daß diese Hoffnung trügt: „chiefly because a separate peace in Laos, even if it did come, would reflect only a tactical expediency to shift the brunt of the fighting further south, rather than a genuine international accord on Laos that would bring with it strong chances of a lasting peace“.

VERFASSER

Dr. MICHAEL BOHNET, geb. 1937, ist Leiter der Afrika-Studienstelle am Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München. Er studierte Volkswirtschaft in Karlsruhe und Berlin und war von 1962 bis 1967 Assistent und Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie der FU Berlin.

GUDRUN CHO, M. A., studierte Politologie, Anglistik und Geschichte in Tübingen und Bonn und hat über die Frage der diplomatischen Anerkennung der VR China durch die USA veröffentlicht.

Dr. WOLFGANG DETER, geb. 1935, langjähriger Mitarbeiter des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, hat während mehrerer Reisen genossenschaftliche und paragenossenschaftliche Organisationsformen in Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas untersucht. Das Material zu dem vorliegenden Beitrag beruht auf einer Forschungsreise in die Philippinen im Jahre 1968.

HAI FENG, geb. 1943 in Kuangtung, studierte klassische chinesische Literatur in Kanton und floh nach dem Examen im Sommer 1968 nach Hongkong.

ULRICH GRÜNDLER, Dipl.-Pol., geb. 1941, studierte Politologie, Sinologie und Japanologie in Berlin, Bonn und Taipei. Er promoviert zur Zeit mit einer Arbeit über die chinesische Außenpolitik gegenüber Südostasien.

GEBHARD HIELSCHER, geb. 1935, Auslandskorrespondent, arbeitet seit 1967 in Japan und hat sich besonders mit Fragen des japanischen Sozialismus beschäftigt.

ELMAR HILLACH, geb. 1940, ist seit dem zweiten juristischen Staatsexamen im Jahre 1968 als Austauschstipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Forschungsstudent an der Tokyo-Universität und arbeitet an einer Dissertation über die Verfassungsgerichtsbarkeit Japans.